

Osnabrücker Jahrbuch
Frieden und Wissenschaft
VIII / 2001

Friedenspolitik und Friedensforschung

- OSNABRÜCKER FRIEDENSGESPRÄCHE 2000
- MUSICA PRO PACE 2000
- BEITRÄGE ZUR FRIEDENSFORSCHUNG
Anlässlich der Gründung der
Deutschen Stiftung Friedensforschung
in Osnabrück

Herausgegeben vom Oberbürgermeister der
Stadt Osnabrück und dem Präsidenten der
Universität Osnabrück

Universitätsverlag Rasch Osnabrück

Die Darstellung gewaltförmiger Konflikte in den Nachrichtenmedien und die Folgen für die Bemühungen um Frieden

I. *Frieden ›bauen‹ oder Frieden erzwingen?* – Obwohl die militärischen Einsätze im Golf, in Somalia und in Jugoslawien deutlich gezeigt haben, dass die Bemühungen, durch Rüstung und militärische Vorkehrungen Konflikte zu lösen und Kriege zu verhindern, eher kontraproduktiv und eskalationsfördernd sind, ist weiterhin die Tendenz zu beobachten, eher auf militärisches Konfliktmanagement als auf zivile Konfliktbearbeitung zu setzen. Für ersteres werden weit mehr personelle und finanzielle Ressourcen zur Verfügung gestellt, was den Trend unterstreicht, auch langfristig immer wieder militärische Lösungen zu bevorzugen.¹

So wird denn die Diskussion gegenwärtig eher um die Modernisierung von *peace keeping* (›Friedensbewahrung‹) und die dafür notwendigen Armeekapazitäten geführt, als um Prävention und die Einsatzmöglichkeiten nicht-staatlicher, ziviler Akteure. Sie dreht sich z.B. um den Aufbau eines europäischen Verteidigungsbündnisses oder um die Erweiterung des traditionell auf dem Konsens zwischen den Kriegsparteien und der UNO basierenden *peace keeping* in Richtung auf (›friedenserzwingende‹) *peace enforcement*-Einsätze bei innerstaatlichen Konflikten.² Dabei haben gerade Pressemeldungen über die Verwendung uranhaltiger Munition im Golfkrieg und in Bosnien die Frage nach den langfristigen Folgen hochgerüsteter Militärtechnologie aufgeworfen sowie nach den ökologischen, sozialen und wirtschaftlichen Auswirkungen und Kosten von – im Kosovo als ›humanitärer Einsatz‹ deklarier- ten – friedenserzwingenden Maßnahmen.³

Peace enforcement lässt sich dabei als Sonderfall friedensschaffender Maßnahmen definieren, die das Ziel haben, feindliche Parteien zu einer Einigung zu bringen. In der *Agenda für den Frieden* von UN-Generalsekretär Boutros-Ghali wurde nach erheblicher Kritik der Begriff *peace making* nur noch für die Bezeichnung nicht-militärischer Aktivitäten verwendet.⁴ Diese sollen helfen, die militärisch ausgetragenen Konflikte zu beenden, bzw. schon vor der militärischen Eskalation präventiv eingesetzt werden. Von diesen zivilen friedensschaffenden Maßnahmen wird die Anwendung militärischer Gewalt unter dem Begriff *enforcement* eindeutig unterschieden.

Doch auch bei so genannten friedenssichernden Maßnahmen (*peace keeping*) ist die Schwelle zum *enforcement* schnell überschritten, was dann als »robustes« oder »erweitertes« *peace keeping* bezeichnet wird.⁵ Von der Idee her war *peace keeping* ursprünglich ein unparteiisches Instrument der Verein-

ten Nationen, das militärische und zivile Bemühungen bezeichnet, die im Konsens mit den Konfliktparteien vor und nach einer militärischen Austragung von Konflikten deren militärischen (Wieder-) Ausbruch verhindern helfen sollen. Wie die Beispiele in Bosnien und Somalia gezeigt haben, gestaltet sich die Durchsetzung des UNO-Mandats mit der Vielfalt der Aufgaben oft sehr schwierig. In den oben genannten Fällen waren die Blauhelm-Soldaten wohl kaum dafür vorbereitet, wie schnell die Gewaltförmigkeit der Konfliktaustragung eskalierte und unkontrollierbar wurde.

Mit dem Ziel einer zivilen Intervention, die Gewalt verhindern soll, setzt im Gegenzug das so genannte *peace building* auf friedensfördernde Ansätze und Aktivitäten, die darauf beruhen, friedensrelevante interne Akteure in einem langfristigen Prozess so zu unterstützen, dass sie gestärkt und in die Lage versetzt werden, »Frieden von innen« zu schaffen. Dabei soll eine langfristige Infrastruktur für Konfliktbearbeitung im Konfliktland aufgebaut werden. Zentraler Unterschied zu früheren Ansätzen ziviler Konfliktbearbeitung ist beim *peace building* die Konzentration auf interne Akteure im Konfliktland. Von außen gilt es, diese zu unterstützen und nicht selbst vermittelnd tätig zu werden.⁶ *Peace building* ist innerhalb der *Agenda für den Frieden* sowohl im Stadium der »vorbeugenden Diplomatie« verortet als auch Teil der »Friedenskonsolidierung« in der Nach-Konflikt-Phase. Es umschreibt dort jene zivilen Bemühungen, die auf die Rekonstruktion der politischen, wirtschaftlichen und sozialen Strukturen abzielen.⁷

Während *Thania Pfaffenholz* einerseits eine starke Unterstützung von staatlichen und nicht-staatlichen Institutionen an der so genannten aktionsorientierten Forschung im Bereich ziviler Konfliktbearbeitung und Friedenswissenschaften positiv vermerkt, beobachtet sie zugleich als Widerspruch hierzu, dass die Erkenntnisse dieser Forschungsleistungen nur mangelhaft umgesetzt werden. Sie kritisiert die Priorität, mit der auch weiterhin an der Verfeinerung und Effizienz militärischer Konfliktlösungen gearbeitet wird. Sinnvolle und zeitgemäße Reaktionen scheiterten immer wieder am mangelnden Durchsetzungswillen der Entscheidungsträger.

»Leider gilt immer noch, solange bewaffnete Konflikte nicht das Licht der Medienöffentlichkeit erblickt haben, bleibt präventives Reagieren auf der ›high level‹-Politikebene eine Seltenheit«.⁸

Um Konflikte abzuwenden, einzugrenzen oder die Konfliktparteien zu Friedensabkommen zu zwingen, hat man in der Vergangenheit häufig zu mit Militärschlägen drohenden Ultimaten gegriffen. Aus friedenswissenschaftlicher Sicht bedeuten militärische Interventionen letztlich jedoch stets weniger *ultima ratio* als Ausdruck maximaler Ratlosigkeit.

II. *Wie Konflikte gesehen werden: Kognitive Repräsentation* — Konflikte sind grundsätzlich offen dafür, einen konstruktiven oder einen destruktiven Verlauf zu nehmen. Welche Art von Verlauf ein Konflikt nimmt, hängt im Wesentlichen davon ab, ob der Konflikt als kompetitiver oder als kooperativer Prozess wahrgenommen wird.⁹

Während die kognitive Repräsentation des Konflikts als Konkurrenzsituation dazu führt, dass es im Ringen um sich widersprechende Ziele wahrscheinlich zu einer Konflikteskalation kommt, die schließlich nur Gewinner oder Verlierer zulässt und als Alternativen nur Sieg oder Untergang kennt, beinhaltet die Wahrnehmung des Konflikts als kooperativer Prozess die Chance, zufriedenstellende Lösungen für alle Beteiligten zu finden. Unvereinbare Handlungen oder Handlungswünsche der Konfliktparteien werden hier als gemeinsames Problem betrachtet, und die Kommunikation zwischen den Parteien bleibt aufrechterhalten. Dadurch bleibt auch die interpersonelle Wahrnehmung eher einer Realitätsprüfung zugänglich, und Wirklichkeitsdefinitionen können weiterhin mit dem Ziel einer Übereinkunft gemeinsam ausgehandelt werden, statt sich in einem autonomen Prozess immer mehr voneinander zu entfernen.¹⁰

Eher noch bestünde die Gefahr begünstigender harmonisierender Fehlwahrnehmungen des Konfliktgegners. Diese dämmen zwar den Konflikt ein und machen eine Eskalation unwahrscheinlich, führen jedoch auch dazu, dass die Dimensionen des Konflikts unzureichend bearbeitet werden und die Auseinandersetzung *ad acta* gelegt wird, bevor es zu einer stabilen Übereinkunft gekommen ist.¹¹

Je nachdem, wie ein Konflikt kognitiv repräsentiert ist, zeigt dies Auswirkungen auf Verhandlungsoptionen, Verhandlungsstil und Verhandlungsergebnis. In der kognitionspsychologischen Verhandlungsforschung nehmen »*framing*«-Ansätze einen zentralen Platz ein und unterstreichen den strategischen Vorteil kooperativen Verhaltens in Konflikten. Die *framing*-Forschung fragt nach der Bedeutung des Entscheidungs- bzw. Orientierungsrahmens für eine Handlungsweise.¹² Ziel dieser Untersuchungen an Individuen ist es, Prozesse zu identifizieren, die das Verhalten der Verhandlungsparteien und damit das Verhandlungsergebnis beeinflussen können. Je nachdem, ob die Verhandlungsoptionen als Gewinn (positives *framing*) oder als Verlust (negatives *framing*) kognitiv repräsentiert sind, zeigen sich starke Unterschiede sowohl in der Verhandlungsstrategie als auch im Verhandlungsergebnis. Allgemein ließ sich bisher nachweisen, dass sich positiv eingestellte Verhandlungspartner (mit beidseitig erwartetem Gewinn, d.h. *win-win*-Orientierung) kooperativer verhalten, schneller einigen und höhere gemeinsame Gewinne herausarbeiten. Negativ eingestellte Verhandlungsführer (mit Verlusterwartungen, d.h. *lose-lose*-Orientierung) zeigen sich hingegen stark kompetitiv, verhandeln härter und wenig kompromissbereit, stellen höhere Forderungen

und erzielen dabei eher suboptimale Gewinne. Bei gemischt orientierten Verhandlungspaaren (*win-lose*) ist der verlustorientierte Partner im Vorteil und erzielt höhere individuelle Gewinne als die gewinnorientierte; der gemeinsam erzielte Gewinn bleibt aber auch hier suboptimal.¹³

Die kognitive Repräsentation des Konflikts als fixe Variable für Konfliktlösungsoptionen und den wahrscheinlichen Ausgang des Konflikts zu betrachten, greift jedoch zu kurz, denn sie übersieht den Prozesscharakter von Konflikten. Auch die kognitive Repräsentation selbst kann sich wandeln.

Im Verlauf eskalierender Konflikte entstehen systematische kognitive Veränderungen auf Seiten der Konflikttelnehmer. Die Spirale der Konflikteskalation hat ihren Anfang bereits dort, wo ein Konflikt als Konkurrenzsituation aufgefasst wird. Da eigene Handlungen von den damit verfolgten Intentionen her interpretiert, die gegnerischen Handlungen jedoch von ihren Wirkungen (d.h. von der Behinderung der eigenen Zielerreichung) her wahrgenommen werden, gehen die Perspektiven beider Konfliktparteien auseinander. Der Blickwinkel bleibt auf die je eigenen Rechte und Intentionen bzw. ihrer Bedrohung durch gegnerische Handlungen verengt, die zugleich als Bedrohung des gemeinsamen Nutzens wahrgenommen werden. Die Positionen der Konfliktparteien verhärten sich. Die kognitive Repräsentation des Konflikts als Konkurrenzsituation impliziert die Notwendigkeit, die eigenen Ziele gegen die anderen durchzusetzen, womit die Durchsetzung der eigenen Ziele selbst zu einem eigenständigen Ziel wird und das Sachproblem ins Hintertreffen gerät. Der Konflikt läuft nun Gefahr, einen destruktiven Verlauf zu nehmen.

Die eskalierende Tendenz von Konflikten resultiert auf der Ebene der Konflikthalte aus dem Konkurrenzprinzip, auf der Ebene der Einstellungen aus der Fehleinschätzung des gegnerischen Handelns und seiner Intentionen und auf der Verhaltensebene aus dem Prozess der sozialen Verpflichtung, der damit einhergeht, dass der Sieg über den Gegner zum vorrangigen Ziel wird.

Der Konkurrenzprozess bewirkt eine Verarmung der Kommunikation zwischen den Konfliktparteien. Einerseits werden bestehende Kommunikationsmöglichkeiten nicht genutzt, andererseits werden sie dazu verwandt, den Gegner einzuschüchtern und irrezuführen. Gleichzeitig wird gegnerischen Aussagen wenig Glauben geschenkt. Eine argwöhnische und feindselige Haltung gegenüber dem Gegner kann mangels vertrauenswürdiger Informationen nicht korrigiert werden, im Gegenteil werden Fehleinschätzungen und Vorurteile begünstigt.

Noch während der Konflikt (auf der ersten Eskalationsebene) als Streit um Sachfragen ausgetragen wird, lässt es das der Konkurrenz innewohnende *win-lose*-Prinzip zunehmend wichtiger werden, den Streit zu gewinnen, und lenkt vom Problem ab. Indem schließlich die Verletzung des Gegners zu einem eigenständigen Ziel wird, ist mit dem Übergang zum Kampf die nächste Eskalationsebene erreicht: Die Beziehung der Konfliktparteien zueinander

wird zum zentralen Konfliktgegenstand. Die ganze Person des Gegners erscheint auch rückwirkend in einem neuen Licht. Gewaltdenken und Gewalt handeln nehmen zu. Die Parteien versuchen, durch Drohungen aufeinander Einfluss zu nehmen.

Mit der Eskalation zum Krieg verengt sich die Konfliktwahrnehmung dann vollends auf die Logik der Gewalt. Der Konflikt gerät zu einem Nullsummenspiel, in dem es nur noch um ein Ziel geht: um jeden Preis zu gewinnen und den Gegner physisch oder psychisch zu vernichten, damit er nachgibt. Die Alternative einer friedlichen Streitbeilegung wird zurückgewiesen, der Argwohn gegenüber dem Gegner geschürt. Kritiker aus den eigenen Reihen werden zu Feinden gemacht. Gemeinsame Interessen, die Grundlage einer konstruktiven Konfliktbearbeitung sein könnten, werden bestritten. Die Möglichkeit der Kooperation mit dem Gegner wird ausgeschlossen. Der gemeinsame Nutzen, den eine Streitbeilegung mit sich brächte, darf nicht gesehen werden, ebenso wenig das gemeinsame Leid, das der Krieg auf beiden Seiten hervorruft. Statt sich über den Krieg zu empören, empört man sich über den Feind als Ursache allen Übels.

Diesen Prozess beschreibt *Friedrich Glasl*¹⁴ in drei Stufen:

1. Begrenzte Vernichtungsschläge: Die Werte verkehren sich ins Gegenteil, relativ geringer eigener Schaden wird bereits als Gewinn betrachtet.
2. Zersplitterung: Paralyse und Desintegration des feindlichen Systems werden zum vorherrschenden Ziel.
3. Gemeinsam in den Abgrund: Es führt kein Weg mehr zurück. Die Konfliktparteien betreiben die Vernichtung des Feindes – auch um den Preis der Selbstvernichtung.

Auch wenn die dargestellten Stufen der veränderten Konfliktwahrnehmung logisch aufeinander folgen, ist eine in Gang gekommene Konflikteskalation nicht als linearer, Stufe um Stufe voranschreitender Prozess zu betrachten. Die Verweildauer auf den einzelnen Stufen ist häufig unterschiedlich lang, und manchmal geht es ›zwei Schritte vor und einen zurück‹. Oft verläuft die Eskalation aufgrund der gestörten Kommunikation zwischen den Parteien asynchron, und sie bewegen sich auf unterschiedlichen Eskalationsniveaus. Dies heißt die Eskalationsdynamik dann noch weiter an:

- Die auf höherer Eskalationsstufe sich bewegende Partei interpretiert die Handlungen ihres Gegners im Sinne des eigenen Eskalationsniveaus und unterstellt ›niederträchtigere‹ Absichten, als jener tatsächlich verfolgen mag.
- Der Partei auf niedrigerem Eskalationsniveau erscheinen die Handlungen des Gegners als völlig überzogen und unangemessen, was ihr die Augen dafür öffnet, dass die Verächtlichkeit des Gegners doch weit größer sein muss als ohnehin befürchtet.¹⁵

In lang andauernden, schwer zu lösenden Konflikten verfestigen sich die oben angeführten eskalations-orientierten Wahrnehmungsverzerrungen zu entsprechenden gesellschaftlichen Grundüberzeugungen (*»societal beliefs«*). Gesellschaftliche Grundüberzeugungen sind definiert als »gemeinsam geteilte Kognitionen über Gegenstände und Probleme, die von besonderer Bedeutung für die jeweilige Gesellschaft sind und die zum Bewusstsein der Einmaligkeit der Mitglieder der Gesellschaft beitragen«. ¹⁶

Sie bilden sich hauptsächlich auf der Grundlage der subjektiven Erfahrungen der Gesellschaftsmitglieder aus und werden über verschiedene soziale, kulturelle und Bildungskanäle weitergegeben, weil sie zur Festigung der sozialen Identität beitragen. In lang anhaltenden, schwer zu kontrollierenden Konflikten haben sie eine wichtige Funktion als *coping*-Strategie, mit deren Hilfe die Mitglieder einer Gesellschaft die generationenüberdauernde Kriegssituation und deren gravierende Auswirkungen, wie Verluste von Menschenleben, Gütern, Sicherheit, etc. bewältigen. In unmittelbarem Zusammenhang mit menschlichen Verlusten als Ergebnis physischer Gewaltanwendung stehen vor allem drei gesellschaftliche Grundüberzeugungen:

- *Delegitimierung* des Gegners (z.B. Dehumanisierung, negative Charakterisierung, negative politische Etikettierung, abwertende Vergleiche mit verächtlichen Gruppierungen): Diese gesellschaftlichen Grundüberzeugungen erklären den Mitgliedern einer Gesellschaft, warum sie Verluste an Menschenleben erleiden muss, und rechtfertigen gleichzeitig eigene Gewaltanwendung gegen den Feind.
- *Eigene Viktimisierung*: Diese gesellschaftlichen Grundüberzeugungen fokussieren Verluste, Leid, eigenes Märtyrertum sowie die Börsartigkeit des Gegners und führen dazu, dass jegliche Verantwortung für die verübte Gewalt an diesen delegiert wird.
- *Patriotismus* (z.B. Stolz, Verpflichtung und Loyalität gegenüber der *ingroup* und dem eigenen Land): Diese gesellschaftlichen Grundüberzeugungen dienen der Mobilmachung für die eigene Sache, schreien nach Opfern und fordern letztendlich, für das Vaterland zu sterben, damit der Tod der bisher Gefallenen ›nicht vergebens‹ war.

Gesellschaftliche Grundüberzeugungen sind mächtig, reproduzieren sich eigenständig immer weiter, manifestieren sich auch in sprachfreier Form, wie z.B. in Stätten des Gedenkens, Ritualen und Zeremonien, und feuern letztlich einen Teufelskreis der Gewalt immer weiter an.

Eine Lösung langanhaltender Konflikte ist nicht zuletzt deshalb so schwierig, weil sich diese Grundüberzeugungen im kollektiven Gedächtnis eingerichtet haben und Teil der sozialen Identität einer Gesellschaft sind. Selbst wenn Frieden auf der politischen Agenda steht, kann deshalb ein Abbau von eskala-

tionsorientierten Wahrnehmungsverzerrungen, die auf entsprechenden gesellschaftlichen Grundüberzeugungen basieren, nur schrittweise erfolgen.

III. Die Rolle der Nachrichtenmedien – Eine Vielzahl von Publikationen beschäftigt sich gegenwärtig mit der Rolle von Nachrichtenmedien in nationalen, ethnischen oder gesellschaftlichen Konflikten.¹⁷ Dass Medien mehr als nur Übermittler schlechter Nachrichten sind, sondern bei der Eskalation von Konflikten oftmals eine aktive Rolle spielen, wurde schon nach dem Ersten Weltkrieg diskutiert¹⁸ und in der inhaltsanalytischen Forschung reflektiert, die seit dem Golfkrieg 1990/1991 geradezu einen Boom erlebte.

Dass gerade die Medienberichterstattung wichtiges Untersuchungsmaterial zu Stadium und Verlauf von Konflikten bieten und dass Medien regelmäßig eher zu *Katalysatoren* von Gewalt werden als zu *Vermittlern* in Konflikten, hat mehrere Ursachen. Sinnvoll und harmlos zugleich klingen die Aufgaben, die Medien in Demokratien zugeschrieben werden:

- In ihrer Funktion als *Informationsquelle* übermitteln Massenmedien einer breiten Öffentlichkeit, die nicht selbst vor Ort sein kann, ausgewählte Ereignisse des Weltgeschehens.
- In ihrer Funktion als *Forum* dienen Massenmedien der öffentlichen Artikulation der vielfältigen konkurrierenden Meinungen und Interessen innerhalb der Gesellschaft. Sie stellen den notwendigen Raum für Interpretationen von Ereignissen und öffentlichen Reaktionen darauf bereit, damit die Rezipienten sich ein Bild vom Stand der Diskussion machen können.
- In ihrer Integrationsfunktion dienen Massenmedien dazu, den öffentlichen Austausch anzuregen, um zur politischen *Willensbildung* beizutragen und zu einem gesellschaftlichen Konsens zu gelangen.¹⁹

In allen drei Funktionen lassen sich jedoch Schwachstellen und Defizite festmachen, die Massenmedien aus einer passiv der Gesellschaft dienenden Rolle herausheben und zu aktiven Gestaltern im Weltgeschehen werden lassen:

a) – Aus der Fülle der Ereignisse, die täglich passieren, muss zwangsläufig eine Auswahl getroffen werden. Dieser Selektion berichtenswerter Nachrichten liegen Interpretationsvorgänge und redaktionelle Routinen und Zwänge zugrunde. Indem die Medien ein Thema auf ihre Tagesordnung setzen (*»agenda setting«*), haben sie zwar noch keinen Einfluss darauf, was Menschen über dieses Thema denken, beeinflussen aber stark, über welches Thema nachgedacht wird.²⁰ Indem Massenmedien durch ihre Thematisierungsfunktion Konflikten überhaupt öffentliche Existenz bescheinigen, prägen sie entscheidend das Problembewusstsein ihrer Rezipienten.²¹ Die Selektionskriterien der Nachrichtenauswahl produzieren dabei regelmäßig ein Bild der Wirklichkeit, welches die Welt einteilt in (positiv besetzte) Elite-Länder und (negativ besetzte) Peripherie-Länder. In letzteren geschehen Katastrophen,

Gewalt, Kriege – und die Elite-Länder bringen ihnen Hilfe und Frieden.²² Aus einer Analyse, welche Konflikte (bzw. Konfliktparteien) zum Thema werden, damit man sich um sie kümmere, und welche ›vergessen‹ werden und sich selbst überlassen bleiben können, lässt sich demnach einiges erfahren über ihren mutmaßlichen Stellenwert im politischen und gesellschaftlichen Tagesgeschehen.

b) – Als *Forum* für unterschiedliche Meinungen und Interessen stecken Journalisten durch die Art und Weise, wie sie über einen Konflikt berichten, den Rahmen dafür ab, was für möglich gehalten wird, und was nicht. Dadurch wirken sie aktiv mit bei der Definition des politischen Gestaltungsspielraums. Wie wird der Konflikt konzeptualisiert? Wer kommt dabei zu Wort? Wie werden die Ereignisse interpretiert, in welchen Rahmen werden sie eingeordnet? Welche öffentlichen Reaktionen gibt es? Welche Forderungen und Anregungen werden geäußert, welche für irrelevant gehalten, so dass sie nicht in den Massenmedien erscheinen? Um den Nachrichtenwert einer Meldung zu steigern, tendieren Medien häufig dazu, die Konfliktarena zu fokussieren und die berichteten Ereignisse möglichst dramatisch und polarisiert darzustellen. Indem Dramatik dabei nur allzu leicht mit Antagonismus verwechselt wird, laufen die Medien Gefahr, zum Vorreiter der Konflikteskalation zu werden und der tatsächlichen Konfliktlage stets um einen Eskalationsschritt vorauszuweichen.²³

Groß ist die Gefahr, dass Medien für Publizitäts-Zwecke instrumentalisiert werden. Im Ringen darum, überhaupt öffentliche Aufmerksamkeit durch die Medien zu erlangen und ihre Anliegen vor breitem Publikum äußern zu können, sehen sich gerade Minderheiten oft dazu verführt, spektakuläre Ereignisse zu inszenieren, die ihrerseits eine weitere Eskalation des Konflikts nach sich ziehen.²⁴ Doch schon die Anwesenheit von Medien kann Auswirkungen auf das Verhalten von Konfliktparteien oder Entscheidungsträgern haben und dadurch auch Risiken für Friedensverhandlungen bedeuten – mit ein Grund z.B. für »*closed door diplomacy*«.²⁵

c) – Alle bisher genannten Aspekte betreffen auch die Integrationsfunktion. Welche Konflikte auf die öffentliche Agenda gesetzt werden, die Art ihrer Konzeptualisierung; die Art, wie sie von unterschiedlichen Protagonisten des Konfliktes und durch die Berichterstattung selbst eingeordnet werden: all dieses gibt den Rahmen vor, innerhalb dessen sich der öffentliche Austausch über diese Konflikte bewegt.

Die Beziehung zwischen Medien und Rezipienten ist dabei keineswegs unidirektional, sondern lässt sich am ehesten als Interaktion zwischen Medien, Politik und Rezipienten beschreiben. Im Sinne eines *para-feedback* ist z.B. die Auswahl dessen, was schließlich in den Medien als Nachricht erscheint (und die Art und Weise der Berichterstattung), stark geprägt von den seitens der Redaktion vermuteten Interessen der Rezipienten.²⁶ Indem sie Stimmungen

herstellen und Agenden setzen, schaffen Medien Atmosphären und Umgebungen, mit denen sich politische Entscheidungsträger auseinandersetzen müssen. Einerseits versuchen sie diese »*media environments*« zu kontrollieren und zu beeinflussen, andererseits müssen sie aber auch auf die Konstruktionen in dieser medialen Landschaft reagieren.²⁷

Naveh untersuchte die Rolle der Medien im israelisch-palästinensischen Friedensprozess und kommt zu dem Schluss, dass in Zeiten relativer politischer Stabilität in den Medien durchaus kontroverse Positionen vertreten waren, die israelische Presse sich jedoch in Krisenzeiten verantwortlich zeigte und bereit war, sich für Staat und Regierung mobilisieren zu lassen.

Dies ergibt sich aus der einfachen Tatsache, dass Journalisten Teil jener Prozesse sind, über die sie berichten. Als Mitglieder der Gesellschaft teilen sie deren gesellschaftliche Grundüberzeugungen und unterliegen denselben Wahrnehmungsverzerrungen wie andere gesellschaftliche Akteure auch.²⁸

Einer realistischen (weniger verzerrten) kognitiven Repräsentation des Konfliktes in den Medien würden diese Grundüberzeugungen außerdem die Glaubwürdigkeit nehmen. Doch auch internationale Berichterstattung über Konflikte trägt oft Züge von Propaganda – nicht, weil Journalisten sich bewusst und absichtsvoll in propagandistische Dienste stellten, sondern weil sie zum Opfer jener sozialpsychologischen Prozesse werden, denen auch die Konfliktparteien selbst unterliegen. Die vor allem in eskalierenden Konflikten nur allzu naheliegende Frage nach richtig oder falsch, nach Gut oder Böse, versetzt Journalisten in eine moralische Zwangslage, welche es ihnen äußerst schwer macht, neutrale Distanz zu wahren. Sie werden anfällig dafür, nur eine Seite des Problems zu sehen und diese für die ganze Wahrheit zu halten. Mit der Eskalation des Konfliktes führen diese Prozesse zu einer zunehmenden Verzerrung der Konfliktwahrnehmung, die ihrerseits zum Motor der Konflikteskalation wird.²⁹

Je näher (räumlich, ökonomisch, politisch, sozial etc.) die Konfliktparteien einer Gesellschaft stehen, desto wahrscheinlicher wird die Verwicklung ihrer Medien in eskalationstypische Wahrnehmungsstrukturen, und damit die Gefahr, zu Katalysatoren von Konflikt und Gewalt zu werden.

Inhaltsanalytische Untersuchungen von Nachrichtenmedien ergeben deshalb wertvolle Indikatoren für den Ist-Zustand eines Konflikts. Über den Rahmen, der den Konfliktlösungsoptionen gesteckt wird, und wie der Konflikt allgemein kognitiv repräsentiert ist, signalisieren sie darüber hinaus die Gefahren drohender Eskalation des Konflikts.

*IV. Kognitive Repräsentation in den Nachrichtenmedien – Wie können Nachrichtenmedien durch ihre Darstellung des Konfliktes zu *peace building* bzw. *peace enforcement* beitragen?*

a) *peace building* – Das *peace building* setzt darauf, interne friedensrelevante Akteure von außen so zu unterstützen, dass sie gestärkt werden, um Frieden von innen schaffen zu können. Damit internationale Medien einen Beitrag zur Prävention destruktiver Konfliktverläufe und zu *peace building* leisten können, müssen sie über Kenntnisse der Eskalationsdynamik von Konflikten verfügen und Konflikte bereits frühzeitig identifizieren können.

Auch wenn das Ausmaß des Konfliktes auf den ersten Stufen des Eskalationsprozesses noch relativ schwer erkennbar ist, bewirkt eine einseitige Bevorzugung der Eliten und eine Übernahme ihres Blickwinkels durch die Medien schon hier, dass die Ernsthaftigkeit der gegnerischen Anliegen oft nicht erkannt wird. Intentionen, Standpunkte, Kognitionen und Emotionen der Konfliktparteien können sich so in der Debatte ungebremst polarisieren. *Empathie* der Journalisten für alle vom Konflikt betroffenen Gruppen, auch die Minderheitenpositionen, wäre gefordert, um diese Polarisierung wahrzunehmen und als Alarmzeichen zu deuten.

Wenn sich eine der Parteien verletzt fühlt oder weitere Verletzungen fürchtet, eskaliert der Konflikt zum Kampf, in dem es zunächst – noch bevor es zu manifester Gewalt kommt – um die Stärkung der eigenen Position geht. Während der Gegner in negative Rollen gedrängt wird, bemühen sich die Konfliktparteien um eine Aufbesserung des eigenen Images und um Anhänger und Koalitionspartner. PR-Maßnahmen stehen im Zentrum des Konfliktverhaltens, so dass Journalisten jetzt nicht einmal mehr selbst recherchieren müssen, um auf den Konflikt aufmerksam zu werden: Der Konflikt kommt zu ihnen – und mit ihm die indirekte Aufforderung, Stellung zu beziehen.

Eine Darstellung der Konfliktparteien als unversöhnliche Antagonisten und die Frage nach der Hauptschuld an dem Konflikt leisten an dieser Stelle einer weiteren Eskalation Vorschub, indem gemeinsame Anliegen der Konfliktparteien, die als Anknüpfungspunkt für eine konstruktive Konflikttransformation dienen können, ausgeblendet werden.

Die kognitive Repräsentation des Konflikts auf Seiten der Medien gleicht sich der kognitiven Repräsentation auf Seiten jener Konfliktpartei an, mit der sich die Medien eher zu identifizieren vermögen – sei es aus kulturellen, historischen oder politischen Gründen.

Um jedoch Prozesse des *peace building* im Konfliktland zu unterstützen und nicht zusätzlich zu behindern, wäre es notwendig, sich der Parteinahme unbedingt zu enthalten, alle Seiten des Konflikts zu recherchieren und gerade jene zivilen Akteure zu Wort kommen zu lassen, die sich um ein friedliches Zusammenleben und um eine konstruktive Konfliktbeilegung bemühen.³⁰

Während es nur plausibel erscheint, im Falle bewaffneter Konflikte verstärkt auf eskalationsorientierte Konfliktberichterstattung in den Nachrichtenmedien zu stoßen, sollte man annehmen, deeskalationsorientierte Berichterstattung und Unterstützung für *peace building* am ehesten dort und dann

aufzufinden, wo Frieden auf der politischen Agenda steht, wie z.B. im Nord-Irland-Konflikt oder im israelisch-palästinensischen Konflikt.

Tatsächlich ist in der internationalen Berichterstattung über beide Konfliktfelder keine ›harte‹ Propaganda zu finden. Aber der Friedensdiskurs weist zahlreiche Defizite auf, die einmal mehr den Befund *Dov Shinars* unterstreichen, dass nämlich *Krieg* mit den Mediennormen, den gängigen Diskursen und ökonomischen Strukturen einfach *kompatibler* sei als Frieden.³¹

Reporter bedienen sich bei der Berichterstattung über Frieden der gleichen Strategien, die sie auch bei der über Krieg benützen, z.B. eine fortlaufend kriegerische Sprache, mit der über Friedensprozesse berichtet wird, sowie Trivialisierungen und Ritualisierungen der Ereignisse rund um die Friedensverhandlungen (wie z.B. die prominenten Teilnehmer gekleidet waren, was sie aßen etc.), was die politische Bedeutung der Vorgänge entwertete.

Eine Reihe inhaltsanalytischer Untersuchungen der *Projektgruppe Friedensforschung* an der Universität Konstanz zeigt, dass im journalistischen Repertoire zwar durchaus Ansätze von deeskalationsorientiertem Journalismus vorhanden sind. Selbst in Berichten über langersehnte Friedensverträge, wie z.B. im Fall Nord-Irland, setzt sich jedoch eine Eskalationsorientierung tendenziell durch, so dass Friedensdiskurse Gefahr laufen, ins Negative umzuschlagen.³² So wird der Nord-Irland-Konflikt – trotz Unterschreiben des Friedensvertrags – weiterhin als mehr oder minder unlösbar dargestellt und damit eine Konzeptualisierung antagonistischer Lager aufrechterhalten. Die eigentlichen Konfliktthemen bleiben unerwähnt. Dramatik wird nicht erzeugt durch Sachinformationen über den Friedensprozess, sondern durch möglichst plakative, größtenteils eskalationsorientierte Zitate von an den Verhandlungen Beteiligten. Der Erfolg der Friedensbemühungen wird auf die Intervention dritter Parteien attribuiert. Die von den Konfliktparteien selbst erbrachten Leistungen werden dagegen vergleichsweise wenig gewürdigt.

Bemühungen der Nachrichtenmedien, nicht weiter Öl ins Feuer zu gießen, wenn der Frieden nah ist, lassen sich in einem ersten Schritt immerhin an Neutralität und Ausgewogenheit der Berichterstattung erkennen, wie sie etwa in der Berichterstattung der *Frankfurter Rundschau* über den israelisch-palästinensischen Friedensprozess zu finden ist. *Annabring* fand bezüglich der Haupteffekte das Modell der Nachrichtenselektion von *Galtung* und *Vincent* zwar immer noch bestätigt, fand jedoch auch einige Hinweise auf eine relativ ausgewogene Berichterstattung, die durch distanziert-neutrale, weitgehend kontextfreie und auf die ›harten Fakten‹ beschränkte Nachrichten möglich wurde.³³ So zeigt sich, dass die Eliteorientierung der Nachrichtenselektion teilweise aufbricht: Häufiger als nach dem Modell von *Galtung* und *Vincent* erwartet, treten palästinensische Elite-Personen in einem positiven Kontext auf, was als Indiz für den Versuch der Vertrauensbildung in die palästinensische Elite gewertet werden kann.

Gleichzeitig kommen palästinensische *non elite*-Personen aber in negativen Kontexten ebenfalls häufiger vor als (im Vergleich zu israelischen *non elite*-Personen) nach dem Modell von Vincent und Galtung zu erwarten wäre. Dies deutet eine Spaltung der palästinensischen Protagonisten in eine Elite, in die Vertrauen aufgebaut werden soll, zumal sie ja auch als Verhandlungspartner auf dem internationalen Parkett anerkannt wird, und in eine palästinensische Nicht-Elite an, die weiterhin bedrohlich bleibt.

Israelische Protagonisten finden im Vergleich zu palästinensischen zwar modellkonform mehr Beachtung, aber das Verhältnis in absoluten Zahlen ist ausgewogener als erwartet. Insgesamt finden zivile Protagonisten im Vergleich zu politischen und militärischen wenig Medienaufmerksamkeit. Bei der Bevorzugung politischer Akteure gegenüber militärischen und zivilen ergeben sich jedoch keine Unterschiede zwischen Israelis und Palästinensern, was den Versuch einer neutralen Berichterstattung unterstreicht.

Um dem Friedensprozess gerecht zu werden und zu einem differenzierten Blick auf die Vorgänge im Nahen Osten zu gelangen, reicht dies jedoch nicht aus: Je weniger kontexthaltig die Berichterstattung ist, desto mehr ist sie interpretationsoffen und kann von jeder der Konfliktparteien, aber auch von Rezipienten in Drittländern, im Sinne ihrer je eigenen gesellschaftlichen Grundüberzeugungen interpretiert werden, so dass sie keinen Beitrag zum Abbau dieser Überzeugungen zu leisten vermag.

Auch Versuche einer ›ausgewogenen‹ Kontextualisierung durch Reportagen, die mal die subjektive Sichtweise der einen, mal die der anderen Seite einnehmen,³⁴ stützen den Friedensprozess im Allgemeinen wenig, sondern verstärken eher den Eindruck der Unlösbarkeit des Konfliktes und zeigen sich auch insofern als nicht unproblematisch, als sie erwartbarerweise auf jener Seite, deren Sichtweise übernommen wird, die vorherrschenden Grundüberzeugungen noch weiter bestätigen und auf der anderen Seite zwecks Reduktion kognitiver Dissonanz³⁵ abgewehrt werden.

b) *peace enforcement* – Das Konzept des *peace enforcement*, d.h. mit militärischen Mitteln Frieden zu schaffen, lässt sich auch als gescheiterte bzw. torpedierte zivile Konfliktbearbeitung betrachten. Wie oben gezeigt, gestalten Medien aktiv mit an der ›Landschaft‹ der Konfliktlösungsoptionen, die von politisch Verantwortlichen schließlich betreten wird.

Bei der Analyse der Berichterstattung über Friedensprozesse fällt auf, dass zivilgesellschaftliche Akteure, die ja wesentliche Basisarbeit für Versöhnung und Normalisierung der Beziehungen zwischen den Konfliktparteien leisten und geleistet haben, grundsätzlich eher ignoriert als gewürdigt werden. Ohne zivilgesellschaftliche Akteure wäre *peace building* jedoch nichts als ein von oben verordneter Frieden, der in keinem Fall eine Gesellschaft in ihrer Gesamtheit durchdringen kann.

Eine Vernachlässigung der an Frieden und konstruktiver Konflikttransformation interessierten Kräfte durch die Medien zugunsten der Konzeptualisierung des Konflikts als unauflöselichem Antagonismus öffnet einer gewaltförmigen Zuspitzung des Konflikts schon in frühen Phasen der Eskalation Tür und Tor. Schließlich scheint dann nur noch die Friedenserzwingung von außen möglich.

Erstens entspricht dieser Antagonismus aber nur einem Teil der im Konfliktgebiet vorhandenen gesellschaftlichen Wirklichkeiten und blendet jenen Teil aus, in dem ein friedliches Zusammenleben noch möglich ist und gewünscht wird. Gerade diese Kräfte hätten jedoch internationales Interesse und Unterstützung nötig, denn sie bieten Ansatzpunkte für Kooperation und konstruktive Konfliktlösungen. Zweitens birgt die mediale Konstruktion des Konflikts als Antagonismus die Gefahr, denselben Wahrnehmungsverzerrungen zu unterliegen, die auch auf Seiten der Konfliktparteien bestehen, und sich in einen Teufelskreis militärischer Logik zu begeben, wo als Konfliktlösungsoptionen nur noch Siegen oder Verlieren zur Verfügung stehen und friedlichen Vermittlungsbemühungen keine Chance mehr gegeben wird.

Im Fall des Bosnien-Konflikts zeigen die inhaltsanalytischen Untersuchungen der *Projektgruppe Friedensforschung*, dass die internationalen Medien dazu tendierten, friedlichen Konfliktbemühungen wenig Unterstützung zukommen zu lassen und eher eine internationale Politik der Stärke zu favorisieren, die auf militärische Intervention abzielte. Nur wenige der untersuchten Artikel berichteten in positiver Weise über Vermittlungsbemühungen dritter Parteien. Während die internationale Presse sich stark bemühte, sich mit keiner der drei internen Kriegsparteien zu identifizieren, identifizierte sie sich umso stärker mit der internationalen Gemeinschaft, die in Bosnien ein Problem hatte.³⁶ Bei solcher Verstrickung ist das Risiko groß, dass ein weiterer Antagonismus konstruiert wird: Zwischen ›uns‹ (der internationalen Staatengemeinschaft) und ›denen‹ (die eigentlichen Konfliktparteien), die ›unsere‹ Lösungen ihres Konfliktes nicht akzeptieren. Und je mehr ›wir‹ in die Konflikte hineingezogen werden, desto mehr identifizieren sich die Medien mit ›uns‹,³⁷ vor allem, wenn die Intervention der Drittparteien (zunächst) erfolglos bleibt.

Durch die Konstruktion dieser Antagonismen tendieren Medien dazu, die Neutralität der Drittparteien zu unterlaufen. Doch auch wenn sie, um den Konflikt verständlicher zu machen, unterschiedlich »attraktive« Rollen konstruieren, welche die (internen) Konfliktparteien einnehmen,³⁸ mündet dies nur allzu leicht darin, dass antagonistische Identifikationsangebote konstruiert werden, welche die öffentliche Meinung gegen eine der (internen) Konfliktparteien aufbringen und Sympathien für eine andere erzeugen.³⁹

Verglichen mit den Studien zum Bosnien-Konflikt, welche die Presse in starker Ambivalenz gegenüber den jugoslawischen Kriegsparteien zeigen,

weist die deutsche Presseberichterstattung im Vorfeld des Kosovo-Konfliktes von Dezember 1995 bis Oktober 1998 eine deutlich stärkere Parteilichkeit zuungunsten der serbischen Konfliktpartei auf. Kosovo-Albaner spielen zumeist nur als bedrohte Opfer eher am Rande eine Rolle. Der Konflikt wird zunehmend nicht mehr als innerjugoslawischer Konflikt, sondern als Konflikt zwischen Serbien und der internationalen Staatengemeinschaft dargestellt. Dies entspricht nicht nur der faktischen Entwicklung im Konfliktverlauf, sondern demonstriert auch die Eskalationsorientierung der Medien selbst. Nach dem *Dayton*-Friedensabkommen war das Thema ›Kosovo‹ zunächst für zwei Jahre aus der Presse verschwunden und wurde erst wieder manifest, als der Konflikt zur militärischen Auseinandersetzung geriet. Besondere Aufmerksamkeit und Eingang in die Schlagzeilen fanden dabei eskalationsorientierte Schritte der internationalen Staatengemeinschaft.⁴⁰

Wenn selbst der Friedensvertrag den Medien keinen Anlass zu etwaiger deeskalationsorientierter Berichterstattung geboten hat, so ist erkennbar, dass auch die Nachrichtenmedien den Bosnien-Konflikt nicht unbeschadet überstanden haben. Vielmehr wurde gerade in der Zwischenkriegszeit das Feindbild Serbien noch schärfer konturiert, ein Antagonismus konstruiert, innerhalb der engen Optionen militärischer Logik argumentiert und *peace enforcement* als letztmöglichem Mittel der Weg bereitet. Die Phase, während der zivile Intervention hätte stattfinden und unterstützt werden müssen, wurde belastet, bis für zivile Konfliktbearbeitung kein Handlungsspielraum mehr bestand und am Ende nur noch Ultimaten möglich blieben.

V. *Schluss* — Mit Thania Pfaffenholz ist zu bemängeln, dass die wissenschaftliche Erforschung der Möglichkeiten ziviler Konfliktbearbeitung immer noch zu wenig systematisch und kohärent ist und eine Interaktion zwischen Wissenschaft und Praxis weitgehend ausbleibt. Außerdem fehle eine systematische komparative Forschung über ›*lessons learned*‹ aus bewaffneten Konflikten. Dabei gibt es Beispiele andauernder – aus der Sicht der Beteiligten gelungener – Friedensprozesse wie z.B. die deutsch-französische Aussöhnung nach dem 2. Weltkrieg, die als Untersuchungsfeld für die empirisch-analytische Erweiterung friedensjournalistischer Modelle dienen könnten. Anhand dieser Beispiele ließe sich untersuchen, wie auch die Medien dazu beitragen, dass aus ›Erbfeinden‹ europäische Partner wurden. Welche potentiell friedensfördernden kognitiven Repräsentationen des Konfliktes stellten sie nach dem Krieg zur Verfügung? Auf der Basis dieser Untersuchungsergebnisse ließen sich handlungsleitende Modelle entwickeln, wie Journalisten durch ihre Arbeit zur Deeskalation und Transformation von Konflikten beitragen, Friedensprozesse fördern und den Prozess der Versöhnung zwischen den (früheren) Kriegsparteien unterstützen könnten.

Zudem wäre eine Überprüfung der Umsetzbarkeit und Wirksamkeit eines so verstandenen Friedensjournalismus erforderlich. Wie reagieren Rezipienten auf einen ›anderen‹ Journalismus? Würde er überhaupt als solcher erkannt und akzeptiert? Welche sozialpsychologischen Aspekte spielen bei Akzeptanz oder Ablehnung von Friedensjournalismus eine Rolle?

Drittens interessiert auch weiterhin die Seite der Produktion: Wie ließen sich friedensjournalistische Modelle in den redaktionellen Alltag und journalistische Rollen und Routinen einbauen, so dass es nicht bei Resignation oder Absichtserklärungen und gutem Willen bleibt, sondern Frieden endlich den ihm gebührenden Marktwert erhält? Eine Transformation traditionell reaktiven Journalismus' in einen pro-aktiven, der sich der Herausforderung stellt, die Konflikte in einer Zeit der Globalisierung bedeuten, ist längst überfällig.

-
- 1 Thania Pfaffenholz: Ansätze ziviler Konfliktbearbeitung. In: ÖSFK (Hg.): Zivile Konfliktbearbeitung. Studien für europäische Friedenspolitik, Band 8. Münster 2001 [im Druck].
 - 2 Arno Truger: Zivile Konfliktbearbeitung – Eine internationale Herausforderung. In: ÖSFK (Anm. 1).
 - 3 Siehe z.B. das Heft: Kosovo – NATO-Krieg in Europa. antimilitarismus information (Berlin), 29. Jg., Heft 7/99.
 - 4 Boutros-Ghali, Boutros: Agenda für den Frieden. Bericht des Generalsekretärs gemäß der am 31. Januar 1992 von dem Gipfeltreffen des Sekretariats verabschiedeten Erklärung. New York: Vereinte Nationen/Generalversammlung/Sicherheitsrat A47/277-S.
 - 5 Berthold Meyer: Gewalt und »Friedenserzwingung«. In: ÖSFK (Hg.): Konflikt und Gewalt: Ursachen – Entwicklungstendenzen – Perspektiven. Münster 2000 (=Studien für europäische Friedenspolitik, Band 5.), S. 264-276, hier S. 273.
 - 6 Vgl. Pfaffenholz, a.a.O. (Anm.1).
 - 7 Vgl. Truger, a.a.O. (Anm.2).
 - 8 Vgl. Pfaffenholz, a.a.O. (Anm.1).
 - 9 Vgl. Morton Deutsch: Konfliktregelung. München 1976.
 - 10 Vgl. Wilhelm Kempf: Gewaltursachen und Gewaltdynamiken. In: ÖSFK (Anm. 5), S. 44-65.
 - 11 Miriam Grace Keiffer: The effect of availability and precision of threat on bargaining behavior. Ph.D. Dissertation, Columbia University, Teachers College, New York 1968.
 - 12 Vgl. Daniel Kahnemann / Amos Tversky: Prospect Theory: An analysis of decision under risk. In: *Econometrica*, N^o 47 (1979), S. 263-291.
 - 13 Vgl. Roman Trötschel: Den Verlust vor Augen, die Einigung im Sinn. Zur Realisierung prosozialer Verhandlungsziele durch Vorsätze. Osnabrück 2001.
 - 14 Friedrich Glasl: Konfliktmanagement. Bern 1992.
 - 15 Wilhelm Kempf: Konfliktprävention und Medien. Plädoyer für einen Friedensjournalismus. In: *Entwicklungspolitik*, Nr. 6/99, S. 17-23.
 - 16 Daniel Bar-Tal: Die Kultur der Gewalt. In: ÖSFK (Anm. 5), S. 66-81, hier S. 73.
 - 17 Ingrid Bußler: Deeskalierende Friedens- und Konfliktberichterstattung. Eine kommentierte Bibliographie. Arbeitspapiere der LAG Friedenswissenschaft in Nordrhein-Westfalen. Fern-Universität Hagen 1998.
 - 18 Vgl. z. B. Harold D. Lasswell: Propaganda Technique in World War I. London 1927.
 - 19 Nach Detlef Matthias Hug: Konflikte und Öffentlichkeit. Zur Rolle des Journalismus in öffentlichen Konflikten. Opladen 1997.
 - 20 Bernard Cohen, 1963, zit. n. Chanan Naveh: The Role of the Media in the peace Processes: The Case of the Middle East in the 1990s. Paper presented at the 48th International Communication Association Conference, July 1998. Jerusalem 1998.
 - 21 Rainer Mathes: Medienwirkung und Konfliktodynamik in der Auseinandersetzung um die Entlassung von General Kiessling. In: Max Kaase / Winfried Schulz (Hg.): *Massenkommunikation. Theorie, Methoden, Befunde.* (=Sonderheft 30 der Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie). Opladen 1989, S. 441-458.

- 22 Johan Galtung: Friedensjournalismus: Was, warum, wer, wie, wann, wo? In: Wilhelm Kempf / Irena Schmidt-Regener (Hg.): Krieg, Nationalismus, Rassismus und die Medien. Münster 1998, S. 3-20.
- 23 Ebd.
- 24 Gadi Wolfsfeld: Media and political conflict. News from the Middle East. Cambridge 1997.
- 25 Eytan Gilboa: Secret diplomacy in the television age. In: Gazette, Vol. 60(3), (1998), S. 211-225.
- 26 Siehe z.B. Werner Früh / Klaus Schönbach: Der dynamisch-transaktionale Ansatz. Ein neues Paradigma der Medienwirkungen. In: Publizistik 1-2/1982, S. 74-88.
- 27 Naveh, a.a.O. (Anm. 20).
- 28 Vgl. Daniel Bar-Tal: Societal Beliefs in Times of Intractable Conflict: The Israeli Case. In: The International Journal of Conflict Management, 9/1, S. 22-50, sowie ders., a.a.O. (Anm. 16).
- 29 Kempf, a.a.O. (Anm. 10)
- 30 Kempf, a.a.O. (Anm. 15)
- 31 Dov Shinar: The Media in the Transformation of Cultural Conflict: A Middle Eastern Case Study. Paper presented at the 48th International Communication Association Conference, July 1998. Jerusalem 1998.
- 32 Dorothea Hamdorf: Reduced view of a multidimensional reality. The Northern Ireland peace treaty in Berliner Zeitung – an example of peace journalism? Konstanz 2000 (=Diskussionsbeiträge der Projektgruppe Friedensforschung, Nr. 51). Online: <http://www.ub.uni-konstanz.de/serials/kempf.htm>.
- 33 Vgl. Ute Annabring: Protagonisten und Konfliktkonstellationen im israelisch-palästinensischen Friedensprozess. (Diplomarbeit Psychologie). Universität Konstanz 2000 – Johan Galtung / Richard C. Vincent: Global Glasnost. Creskill, New Jersey 1992 – Johan Galtung, a.a.O. (Anm. 22).
- 34 Vgl. Birgit Fahrer: Konstruktive Friedensberichterstattung? Inhaltsanalyse – ausgewählte Medien/Presseberichte zum israelisch-palästinensischen Friedensprozess. (Diplomarbeit Psychologie). Universität Konstanz 2000.
- 35 Vgl. z.B. Leon Festinger: A theory of cognitive dissonance. Evanston/Illinois 1957.
- 36 Wilhelm Kempf: Escalation and deescalation-oriented aspects in the media construction of the Bosnia conflict. Konstanz 1999 (=Diskussionsbeiträge der Projektgruppe Friedensforschung Konstanz, Nr. 46). Online: <http://www.ub.uni-konstanz.de/serials/kempf.htm>.
- 37 Wilhelm Kempf: Deescalation-oriented conflict coverage? The Northern Ireland and Israeli-Palestinian peace processes in the German press. Konstanz 1999 (=Diskussionsbeiträge der Projektgruppe Friedensforschung, Nr. 45). Online: <http://www.ub.uni-konstanz.de/serials/kempf.htm>.
- 38 Kempf, a.a.O (Anm. 36) – Susanne Jaeger: Propaganda mit Frauenschicksalen? Die deutsche Presseberichterstattung über Vergewaltigung im Krieg in Bosnien-Herzegowina. In: Kempf / Schmidt-Regener, a.a.O. (Anm. 22), S. 75-88, sowie dies.: Tatsachenbehauptungen und Meinungen - Kognitive Repräsentationen des Bosnien-Konfliktes in der westlichen Kriegsberichterstattung. Konstanz 2000 (=Diskussionsbeiträge der Projektgruppe Friedensforschung Konstanz, Nr.50). Online: <http://www.ub.uni-konstanz.de/serials/kempf.htm>.
- 39 Jaeger, a.a.O. (Anm. 38).
- 40 Christoph Sabellek: Die Entwicklung des Kosovokonflikts und die Wahrnehmung durch die Medien. In: Jörg Richter (Hg.): Deutschland: (un)bewältigte Vergangenheiten. Tübingen 2001, S. 161-172.